

Politik und Ich

—

Vom alten zum neuen Individualismus

PAUL NOLTE

Geboren 1963 in Geldern,
Historiker, Professor für Neuere
Geschichte/Zeitgeschichte
am Friedrich-Meinecke-Institut
der Freien Universität Berlin.

Ich, ich, ich! Wo bleibt das Wir, die Solidarität, der Altruismus? Die Gesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts ist auseinandergerissen in ihre Atome. Das hedonistische Ich, das neo-liberale Ich, das digitale Ich: Der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt auf der Strecke

ebenso wie das Bewusstsein, dass Politik gemeinsame Sache ist statt eine Projektion milliardenfacher Selbstbespiegelungen.

Die Klagen über den zunehmenden Egoismus sind so alt wie die bürgerliche Gesellschaft. Es erscheint fast paradox, dass wir heute erschrocken den Wandel zu einer radikal-individualistischen Gesellschaft diagnostizieren: als hätten unsere Großeltern noch in einer freundlichen, allseits das Eigeninteresse zugunsten des größeren Ganzen zurückstellenden kommunitären Ordnung gelebt. Gewiss, manche Großeltern sind mit Propagandaformeln wie „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ aufgewachsen. Aber auch darin kam nur eine verspätete Reaktion auf etwas zum Ausdruck, das selbst die nationalsozialistische Brutalität nicht mehr dauerhaft rückgängig machen konnte.

Das klassische liberale Verständnis von Gesellschaft und Politik, das sich im 18. Jahrhundert unter den westlichen Eliten durchsetzte, war revolutionär, weil es von Individuen ausging statt von ständischen Verbänden, weil es diesen Individuen manifeste Interessen nicht nur zubilligte, sondern sie für gut befand, und weil es behauptete, gerade daraus könne eine bessere, eine moderne Politik entstehen: In der öffentlichen Arena treffen die individuellen Überzeugungen und Interessen aufeinander; auf dem Marktplatz der Demokratie werden sie verhandelt und entweder Kompromisse geformt oder es wird nach dem Mehrheitsprinzip entschieden.

DER UR-INDIVIDUALISMUS

Natürlich hat sich seit den Zeiten eines John Locke, Jean-Jacques Rousseau oder James Madison vieles verändert. In mindestens dreierlei Hinsicht blieb der liberale Individualismus der frühen bürgerlichen Gesellschaft hinter den Verhältnissen und Erwartungen unserer Zeit zurück.

Erstens unterstellte er eine soziale Selektivität: Längst nicht jeder war befähigt und ermächtigt, auf dem Markt von Öffentlichkeit und Politik eigene Interessen geltend zu machen. Das galt nur für die weißen Männer, die über einen gewissen ökonomischen Status verfügten. Schon im 19. Jahrhundert erweiterte sich der Kreis dieser öffentlich Ich-Fähigen erheblich, blieb jedoch vor der Einführung des Frauenstimmrechts auf eine Minderheit der (erwachsenen) Bevölkerung beschränkt.

Auch diese Minderheit wurde, *zweitens*, keineswegs so „individuell“ gedacht, wie wir das heute gewohnt sind. Diese Individuen traten vor allem als Angehörige gesellschaftlicher Großverbände in Erscheinung: als Kaufmann oder als Handwerker, als Farmer oder als Fabrikbesitzer; später dann auch als Lohnarbeiter. Dazu kamen kulturelle Zuordnungen, vor allem in konfessioneller Hinsicht, und die Eigendynamik der politischen Parteibildungen, welche den Einzelnen fest im liberalen, konservativen oder später auch im sozialistischen Lager verankerten.

Drittens blieb der Individualismus abgefedert durch Vorstellungen vom Gemeinwohl, dem jenseits der mannigfaltigen Ich-Artikulation Geltung zu verschaffen sei. Solche Konzepte von altruistischer Tugend und dem „gemeinen Besten“ kursierten auf dem europäischen Kontinent in integralistischen, zum Teil etatistischen Varianten, von Rousseaus *volonté générale* bis zu Hegels Idee von der staatlichen Bürokratie als dem „allgemeinen Stand“. Im angelsächsischen Raum standen sie in der Tradition des Klassischen Republikanismus, der zur interessellosen Tugendhaftigkeit des Bürgers in einer zunehmend kommerzialisierten Welt mahnte. Dieses Spannungsverhältnis hat sich in der Gegenwart erhalten. Es bildet den historischen Resonanzraum des üblichen Redens über Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt,

und es grundiert die Kritik am liberalen Individualismus: eine Grundspannung der Moderne, die wir in digitaler und globalisierter, multi-ethnischer und konsumistischer Zeit lediglich anders interpretieren als in den drei Jahrhunderten zuvor.

DAS PRIVATE IST POLITISCH GEWORDEN

Die anderen Voraussetzungen des bürgerlichen Ur-Individualismus aber haben sich zum Teil radikal verändert. In seinem Entwurf über die „Risikogesellschaft“ hat Ulrich Beck vor mehr als drei Jahrzehnten beschrieben, wie sich die „Großgruppengesellschaft“ am Ende des 20. Jahrhunderts zunehmend auflöst. Gewiss ist die Vorstellung, auch noch die sozialen Klassen der hochindustriellen Gesellschaft seien wie vormoderne Stände gewesen, überspitzt: Kollektive, zu denen man in der Regel sein Leben lang gehörte; Ordnungen, die eine bestimmte Lebensführung, einen Habitus bis hin zu Stil- und Kleidungspräferenzen vorgaben. Aber die historische Zäsur, irgendwo zwischen den späten 1960er- und den 1980er-Jahren, ist unübersehbar. In Deutschland schlägt sie unmittelbar auf die politische Artikulation durch, weil die Parteien hier fester als anderswo in solchen Milieustrukturen verankert waren. Das ist die Hauptursache für die Krise der Sozialdemokratie.

Für den Eintritt in eine neue Ära der radikalisierten Individualitäten, in eine „Gesellschaft der Singularitäten“, wie sie jüngst Andreas Reckwitz beschrieben hat, waren sozialkulturelle Transformationen jedoch mindestens ebenso wichtig. Auch hier beschäftigt uns heute nicht etwas, das erst vor wenigen Jahren begonnen hat. Die Spur führt vielmehr in die 1960er-Jahre und damit in eine kulturelle Revolution. Seither erfanden sich die westlichen Gesellschaften als Ordnungen expressiver Subjektivität neu; von einer „expressiven Revolution“ hat der amerikanische Soziologe Talcott Parsons früh gesprochen. Erst damit wurde das moderne Individuum in aller Entschiedenheit als das „Subjekt“ entworfen, das uns heute mit seinen Rechten und Ansprüchen geläufig ist: jenseits einer Artikulation materiell-ökonomischer Interessen oder ideologisch-politischer Überzeugungen; als ein aus eigenen Lebenserfahrungen konstituiertes und legitimiertes Ich, das seine höchst eigene innere Verfasstheit nach außen stellt: expressiv und emotional.

Dazu gehört der Anspruch auf Authentizität, der die Narrative des eigenen Lebens so kennzeichnet wie ihren Anspruch auf politische Geltung: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, nehmt mich ernst mit diesem Leben, mit diesem Entwurf meines Selbst. Die in der alten bürgerlichen Gesellschaft gezogene Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit weicht auf. Das Private ist längst politisch geworden und ruft nach Gehör, erst recht, wenn es um Erfahrungen eines verletzten, eines beschädigten Lebens geht, für das politische Kompensation eingefordert wird, weil die Ursachen des Schadens

in systemischen Kräften gesucht werden: im Kapitalismus und in der politischen Macht der Obrigkeiten, und seien sie demokratisch gewählt. Mit Michel Foucault würde man es etwa so sagen: Der moderne Staat hat die Gesellschaft in Individuen zerlegt, um sie sich besser verfügbar machen zu können. Nun sollte sich die Politik nicht beschweren, wenn die Individuen zum Widerstand ansetzen.

DER INDIVIDUALISMUS RÜCKT IN DIE MITTE

Auch das ist freilich keine gültige wissenschaftliche Erklärung, sondern ein bequemes Narrativ. Nicht jede als „authentisch“ deklarierte Lebens- und Leidenserfahrung muss politisch gleichermaßen ernst genommen werden; sie hat sich vielmehr – das ist ja gerade eine Lehre aus der populistischen Revolte und ihrem Anspruch auf Unmittelbarkeit – rationalen und normativen Maßstäben der politischen Gemeinschaft zu unterwerfen. Was die Genese des radikalisierten Individuums angeht, liegen die Dinge komplizierter. Der häufig als „neoliberal“ bezeichnete Entwurf einer Gesellschaft der Individuen hat sich historisch und prinzipiell mit dem liberal-progressiven Entwurf, aber auch mit der Eigendynamik eines konsumistischen Hedonismus der selbstverwirklichenden Spaßgesellschaft verbunden. Dieses Syndrom lässt sich, das müssen manche Linke ebenso wie Konservative erst noch begreifen, weder in die eine noch in die andere Richtung auflösen. Radikaler Marktindividualismus ohne emanzipierte, autonome Individuen ist Ideologie; eine Gesellschaft solcher Individuen ohne die Freiheit des Marktes bloß ein Fortspinnen jahrhundertalter romantischer Phantasien.

Gleichwohl: Unter den Bedingungen des frühen 21. Jahrhunderts haben sich die politischen Codierungen des Individualismus (erneut) verschoben. Aber ebenso hat sich sein Antipode verschoben. Der Individualismus begann als „progressive“ Herausforderung einer korporativ geschlossenen Welt. Im 19. Jahrhundert rückte er in die politische Mitte, ins liberale Zentrum, als Konservative und Sozialisten unterschiedliche Gegenentwürfe profilierten. Die Arbeiterbewegung begann auf dem Boden des demokratischen Liberalismus, aber ihr Akzent verschob sich auf dem Weg ins 20. Jahrhundert zu einer gegenüber dem Individuum skeptischen, im Kommunismus dann sogar feindseligen Haltung. Die politische Rechte ging zu derselben Zeit einen ähnlichen, für Deutschland noch folgenreicheren Weg in den Kollektivismus. In der Bundesrepublik beklagten Konservative auch nach 1945 die vermeintliche Atomisierung der Gesellschaft, und klassische Theorien des Faschismus drehten den Spieß um: Totalitäre Gesinnung und Praxis erschienen nicht als Abwehr gegen den Liberalismus, sondern als Resultat einer zuvor verhängnisvoll entfalteten kollektivistischen Massengesellschaft.

Erst in den 1970er-Jahren entdeckten Konservative, zumal in Amerika und England, das Individuum neu. Wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher brachten sie es auch politisch gegen den Kollektivismus der Linken in Stellung und eigneten sich dabei Elemente liberaler Tradition an. Freilich hatte zur selben Zeit der Häutungsprozess der Linken längst begonnen, ihre einschneidende Transformation vom Kollektivismus der Arbeiterbewegung zum Individualismus einer Gesellschaft sozialer Bewegungen und autonomer Verwirklichungsansprüche. Man könnte auch sagen: Thatcher und Reagan kamen nicht zufällig zu dem Zeitpunkt an die Macht, als in der Bundesrepublik die Grünen gegründet wurden.

BACKLASH GEGEN „68“

Mit den politischen Langzeitwirkungen dieser Verschiebungen haben wir es heute zu tun. Sie zeigen sich im Aufstieg des neuen Populismus ebenso wie in größeren Verschiebungen des Verhältnisses von Gesellschaft und Politik, besonders in der Krise der Repräsentation. Das Verhältnis des Populismus zum neuen, radikalen Individualismus ist ambivalent. In erster Linie bedient er sich, zumal in der gegenwärtig dominierenden rechten oder rechtsextremen Variante, im Arsenal des Nationalismus: Im Vordergrund steht das Volk, imaginiert als Einheit jenseits individueller Interessen und subjektiver Ansprüche, aber auch jenseits der Legitimität einer pluralistischen Verschiedenheit politischer Überzeugungen. Dem Willen des Volkes muss doch endlich zur Durchsetzung verholfen werden! Gesellschaftspolitisch ist der neue Populismus unübersehbar ein Backlash gegen die liberal-expressive Revolution seit den 1960er-Jahren, gegen die Autonomieansprüche von Frauen und Minderheiten. Er ist erfüllt vom Widerwillen gegen eine Gesellschaft, in der jeder sein eigenes Ich bastelt und selbstbewusst in die Öffentlichkeit trägt. Andererseits mobilisiert er keine geschlossenen Milieus, sondern Individuen und ihre subjektiv beschädigten Lebensentwürfe. Er zehrt von dem neuen Ich-Bewusstsein, er floriert in einer Gesellschaft jenseits der kollektiven Sicherheiten, in einer Gesellschaft der Singularitäten. Insofern ist der Populismus ein Wiedergänger und ein Parasit der Individualisierung und gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse. Er ist ein eigentümliches Amalgam aus Ich-Mentalität und Holismus des Volkes.

Doch die politischen Effekte werden sich nicht auflösen, wenn der neue Populismus einmal seinen Höhepunkt überschritten hat. Die Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Politik stellt sich in einer Gesellschaft der Individuen neu, und darauf haben die politischen Parteien noch keine angemessene Antwort gefunden. Der herkömmliche Entwurf von politischer Repräsentation entsprach dem Muster einer in Stände, Klassen und Verbände strukturierten Gesellschaft: Man sah sich als Arbeiter im Parlament vertreten, als Landwirt,

als Katholik, als Freiberufler. Diese Zuordnungen existieren kaum noch, und die Scharniere, die zwischen Gesellschaft und Parlament vermittelten – die Gewerkschaften, die klassischen Verbände – haben an Halt verloren, vor allem im lokalen und regionalen Raum, in der Übersetzung von konkreter Lebensführung in Politik. „Es liegt ja vieles im Argen, aber der Herbert, der früher Betriebsrat in der Firma nebenan war, kümmert sich als unser Abgeordneter in Stuttgart oder Düsseldorf, in Bonn oder Berlin.“ Das gibt es nicht mehr, und wir beschreiben das als Entfremdung der Eliten von der Bevölkerung.

RESERVAT DER WOHLSTUIERTEN

Keineswegs ist nur Schaden eingetreten. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts hat sich die Politik in den westlichen Demokratien erweitert. Was schon einmal ein Gemeinplatz war, droht im Moment vergessen zu werden: Aus einer relativ eng gefassten Demokratie der Repräsentation und der Parteien ist eine partizipatorische Demokratie geworden und erst damit eine „starke Demokratie“ (Benjamin Barber), in der Politik auf neue und kreative Weise in der Zivilgesellschaft konstituiert wird, in Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen, im Protest auf der Straße und gewiss auch im Internet und in den sozialen Medien, wo längst nicht nur Trolle und Hassprediger das Wort führen. Die Neuerfindung des Ich hat die Politik im Westen beflügelt, und sie nagt an Diktaturen und autoritären Regimen, für die eine Selbstermächtigung der Subjekte viel gefährlicher sein kann als die Forderung nach liberalem Parlamentarismus. Doch haben wir zu lange übersehen, dass die neuen Formen der Ich-Politik – die häufig altruistischen Motiven folgt und die *advocacy* für Dritte an die Stelle unmittelbarer Eigeninteressen gesetzt hat – ein Reservat der Wohlsituierten, der gebildeten Mittelklassen geblieben sind.

Und selbst dort nagt der Aufstieg der Subjektivität an den herkömmlichen Vorstellungen von Repräsentation: Meine Interessen als Arbeiter, meine Überzeugungen als Christdemokratin kann ich jemandem übertragen, aber gilt das auch für meine subjektiven Erfahrungen? Die Sehnsucht nach der direkten Demokratie, nach plebiszitären Entscheidungen hat vielfältige Ursachen, doch gehört zu ihnen auch die Hyper-Authentifizierung des Ich, die ein Mandat an einen Dritten schwer vorstellbar macht. Gewiss liegt darin ein Fortschritt der Demokratisierung: Der Anspruch auf die eigene Stimme hat sich erweitert; die Stimme ist nicht mehr nur *vote*, sondern sie ist *voice*. Wer würde sich anmaßen wollen, diese Stimme nicht hören und beachten zu wollen? Damit verschiebt sich die Legitimation politischer Entscheidungen tendenziell von einer Majoritätskultur – am Ende zählen die Stimmen, die *votes*, und ihre Mehrheit – zu einer Vetokultur: Aber meine Stimme muss doch Beachtung, mein beschädigtes Leben Gehör finden, und wenn ich das bis zum Bundesverfassungsgericht durchfechte!

Was folgt nun daraus? Zunächst eine Warnung vor Vereinfachung, vor einseitigen Schuldzuweisungen, vor einer Glorifizierung des Ich ebenso wie vor der Flucht in vermeintlich bessere, vorindividualistische, vorsubjektivierte Zeiten. Sodann das Nachdenken über Reformen mit dem Ziel, Scharniere zwischen dem Ich und der Politik zu ölen oder neu zu konstruieren. Die Parteien haben längst nicht genug getan, sich den veränderten gesellschaftlichen Strukturen und den Erwartungen an Engagement zu öffnen. Abgeordnete müssen sich den Wählern in ihrem Wahlkreis auf neue Weise stellen, auch jenseits der schrumpfenden parteiaffinen Zirkel. Viele Argumente sprechen in Deutschland dagegen, aber: Ein Mehrheitswahlrecht, das ja vor allem ein „Wahlkreis-Wahlrecht“ ist, entspricht einer individualisierten Gesellschaft und den Erwartungen an „Stimme und Gehör“ besser als das Verhältnis- und Listenwahlrecht. Die Abgeordneten haben eine *constituency*, und diese hat eine Abgeordnete, die klar adressiert werden kann – übrigens auch bürgernäher, denn dann wären unsere Wahlkreise nur halb so groß.

Daraus ergibt sich eine Skepsis gegenüber den üblichen Sonntagsreden über die Notwendigkeit, das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Nicht dass das falsch wäre – der republikanische oder kommunitaristische Impuls bleibt auch im 21. Jahrhundert ein notwendiges Widerlager zum liberalen Individualismus. Aber dieser Impuls ist, jedenfalls in Deutschland, ebenso wenig bedroht wie der Zusammenhalt in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft.

„Denn nur vom Sprechen und vom Zuhören kann etwas Gutes werden, nicht vom Sprechen allein; das Zuhören gehört dazu.“

Konrad Adenauer in seiner Abschiedsrede als Bundeskanzler in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1963